

Schlechte
Argumente

Zur Abstimmung über den
Gestaltungsplan Haldenstrasse
in Männedorf vom 7. März

Wo gute Argumente fehlen, verschweigt man Fakten und greift auf Unwahrheiten zurück. Das gilt zum Beispiel für den Leserbrief von Werner Hochrain, der am 18. Februar in dieser Zeitung publiziert wurde. So erweckt sein Brief den Anschein, dass die künftigen Bewohner im Perimeter des Gestaltungsplanes Haldenstrasse Männedorf auf einen oberirdischen Parkplatz angewiesen seien. Als Nachbar müsste er aber wissen, dass für die erwähnten Bewohner eine eigene Einstellhalle neben dem Hallenbad vorhanden ist. Das lässt sich in den Unterlagen, die Gemeinde und Stiftung auf ihrer jeweiligen Homepage aufgeschaltet haben, nachlesen. Zudem müsste ihm bekannt sein, dass der grosse Parkplatz an der Nordecke des Grundstückes öffentlich und vor allem für die Hallenbadbesucher vorgesehen ist. Er wird übrigens von der Gemeinde betrieben. Was soll also diese Forderung? Im weiteren behauptet er, der Gestaltungsplan nehme keine Rücksicht auf die im Westen angrenzende Kernzone. Dazu ist festzuhalten, dass der Gestaltungsplan dort einen dreigeschossigen Gebäudeteil vorsieht, was der Regelbauweise entspricht. Einzig die nördlichste Parzelle (Hasenackerstrasse 54) grenzt an den Teil mit vier Stockwerken. Der höchste Bereich mit fünf Stockwerken liegt dagegen auf der Höhe des erwähnten Parkplatzes und grenzt somit nicht an die Kernzone. Im weiteren wird der Abstand zu den Wohngebäuden der Kernzone, wieder von einer Ausnahme abgesehen, deutlich über 20 Metern liegen. Das kann wohl nicht als unmittelbare Nähe bezeichnet werden, wie das andere Gegner behaupten. Im weiteren empfiehlt Herr Hochrein, den erwähnten Parkplatz zu überbauen. Ein solcher Ansatz würde wohl die dortigen Anwohner auf die Barrikaden treiben. Diese würden sich mit Sicherheit den schwarzen Peter nicht einfach zuschieben lassen und sich gegen ein solches Ansinnen wehren. Es sollte inzwischen doch allen Gegnern des Gestaltungsplanes aufgefallen sein, dass ihm nicht nur der Gemeinderat, sondern auch alle Männedörfler Parteien zustimmen. Offenbar gewichten sie alle die Bedürfnisse der Männedörfler Senioren mit bescheiden Einkommen höher als die



Die geplante Schliessung des Schulhauses Langrütli auf dem Wädenswiler Berg sorgt für viele Emotionen. Foto: Sabine Rock

Aussicht ins Grüne einiger Anwohner. Wer gleich denkt, verhilft mit einem Ja diesem sinnvollen und nötigen Gestaltungsplan zur Annahme.
Hanspeter Loew, Männedorf

Wollen Sie das
wirklich?

Ausgabe vom 19. Februar
«Wädenswil schliesst Schulhaus nach 185 Jahren»

Ich bin in einer 6-Klassen-Schule in die Primarschule gegangen und habe später selber Mehrklassen unterrichtet. Eine Schule ist nicht nur eine Bildungsstätte, sondern immer auch ein Lebensmittelpunkt für die Kinder, für die Eltern und für eine ganze Gegend, so wie das in der Langrütli über die Jahre gewachsen ist und gelebt wird. Nicht umsonst begünstigt die kantonale Bildungsdirektion solche Orte mit zusätzlicher Unterstützung. Es ist ein ganzes System, dem das Herz herausgerissen wird. Wollen Sie das wirklich? Es gibt andere Möglichkeiten. In Horgen hat man für den Horgenberg in einer ähnlichen Situation eine erfolgreiche Tagesschullösung gefunden. Altersdurchmisches Lernen (AdL) ist dann sinnvoll, wenn die Altersdurchmischung auch auf dem Schulweg und in der Freizeit stattfindet. Das

bewährte System aus der Langrütli wird beendet und in der Stadt künstlich organisiert. Mit viel Aufwand bringt es nur bedingt etwas. Ich schlage vor, zurück auf Feld eins zu gehen: Mit viel Kreativität und Flexibilität systemorientierte Lösungen finden. Ich bin überzeugt, dass es eine bessere Möglichkeit gibt, als die Langrütli unter Spardruck in einem Schnell-schussverfahren zu schliessen. Nischen für verantwortungsvolles Lernen, sich begegnen und in Beziehung sein, sind Juwelen. Bitte schliesst diese einmalige Schule nicht. In der Hoffnung, dass die Vernunft und die Liebe für die einmalige Schule Langrütli siegt.
Verena Aeschbach, Heilpädagogin, Horgen

Unglaubliche
Geldverschwendung

Ausgabe vom 6. Februar
«Masken-Debakel könnte teuer enden»

Wie viele Pandemieflops müssen wir noch hinnehmen und verzeihen? Es geschieht ein Skandal nach dem anderen, immer verursacht von der sogenannten Regierungskompetenz. Wenn Leute im Militär unfähig sind zu berechnen, wie viele Masken gebraucht werden, so sind sie am falschen Platz. 150 Millionen Franken werden

vernichtet wegen dieser Fehlbestellung. Man getraut sich kaum zu sagen, dass die Masken zum Schluss womöglich in der Kehrichtverbrennung landen. Die Masken sollen sofort den Hilfswerken, Arztpraxen oder Heimen gratis zur Verfügung gestellt werden. Es gibt genügend arme Menschen, die sich Masken nicht leisten können.
Beatrice Landert, Zollikerberg

Verhüllen
oder enthüllen?

Zur Abstimmung über das Verhüllungsverbot vom 7. März

Ich versuche, mir über das Verhüllungsverbot klarer zu werden. Unter Verhüllungen werden hier Niqab, Burka, schwarze Schlauchmützen und Helmähnliches verstanden. Um ein wenig Ordnung zu schaffen, unterteile ich diese Kopfbedeckungen in Harmlose (Niqab, Burka) und Gefährliche (alle Übrigen), dies entsprechend den Personen, die sie tragen: Muslimische Frauen einerseits und Schläger, Gewalttäter oder Demonstranten andererseits. Schon taucht das erste Problem auf: Sollen sie alle in den gleichen Abstimmungstopf geworfen werden? Ferner frage ich mich, ob Burkafrauen wirklich Unterdrückte ihrer Männer sind. Oder könnten sie fremdbe-

stimmt sein durch die Regeln ihres Glaubens, die bekanntlich ebenfalls von Männern gemacht sind – wie übrigens im Christentum auch? In der Fernsehsendung Arena sagte kürzlich eine junge Teilnehmerin (die einzige Anwesende mit Kopftuch), dass sie diese Textilie froh und freiwillig und nicht etwa als Symbol trage. So machte es auch den Anschein. Hand aufs Herz: Würde man in einer düsteren Schweizer Strasse lieber einigen Burkafrauen oder einer brutalen Gruppe von Islamisten oder Hooligans begegnen? Ihre Unvergleichbarkeit springt sofort ins Auge. Am liebsten würde ich Burkas einfach dulden in der Schweiz. Das einzige, das verboten werden sollte, sind solche Initiativen. Sie entsprechen nicht einmal der Regel «Einheit der Materie»». «Wahrheiten» werden nicht dadurch wahrer, dass man sie hundertfach wiederholt. Ich stimme am 7. März Nein zum Verhüllungsverbot.
Marianne Fischer, Küsnacht

Ungebremster
Mobilitätsanspruch

Zu geplanten SBB-Abstellgleisen in Feldbach

Eine Oase der Ruhe, ein Ort der Erholung weitab der Hektik, ein schön strukturiertes Land-

schaftsschutzgebiet von überkommunaler Bedeutung soll für ein zu Tag- und Nachzeiten lärmendes Gleisfeld geopfert werden: Die Visualisierungen zur Abstellanlage für Personenzüge in Feldbach/Hombrechtikon wirken geradezu surreal. Dass es kein Hirngespinnst, sondern reale Planung ist, führt uns erschreckend ehrlich vor Augen, welche Auswirkungen unser Drang nach immer mehr Mobilität auf unsere Lebensqualität haben wird. Es ist nur ein kleines Puzzleteil im Streckennetz der SBB/ZVV, aber eines, das die Kollateralschäden ungebremster Mobilitätsansprüche wohl am schonungslossten aufzeigt. Angesicht dieser Tatsachen müssen wir uns selbstkritisch die Frage stellen – welche Lebensqualität wollen wir? Bequem, schnell und im 15 Minuten-Takt von A nach B kommen oder aber die hohe Qualität der umgebenden Naturlandschaft geniessen und die Flora und Fauna schützen? Die Abstellanlage führt uns den Zielkonflikt direkt vor unsere Haustüre. Entscheiden wir uns für Erhaltung von Natur und Landschaft braucht es im Gegenzug ein Zurückfahren unserer Mobilitätsbedürfnisse. Beiden Ansprüchen gerecht zu werden braucht ein feines Austarieren der Bedürfnisse. Die Abstellanlage ist auf 2040 geplant: Es ist jetzt unbedingt an der Zeit, den Begriff der Raumplanung mit «nachhaltig» zu ergänzen. Eine nachhaltige Raumplanung anerkennt Wachstum und das Bedürfnis nach Mobilität - zeigt aber auch Zielkonflikte und nicht überschreitbare Grenzen auf. Ich meine, dass mit diesem Projekt in vielerlei Hinsicht Grenzen überschritten werden.

Dominik Brem, Ortsparteipräsident GLP, Hombrechtikon

Es geht um Chaoten
und Randalierer

Zur Abstimmung über die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot»

Es ist für mich unverständlich, dass so viel über die Burka/Niqab diskutiert wird. Aus meiner Sicht wird nicht wegen der wenigen Burka-Trägerinnen darüber abgestimmt. Es geht darum, Vollverhüllung zu verbieten. Das heisst, dass verummte Chaoten, Vandalen, Randalierer und Demonstranten verzeigt und bestraft werden. Interessant, dass die Kantone St. Gallen und Tessin bereits ein Verhüllungsverbot haben. Deshalb: Frau und Mann soll das Gesicht zeigen.
Wil Vonier, Oberrieden

Überparteiliches Komitee auf zum Abkommen mit Indonesien, Pestäsch, 8032 Zürich

Eine starke Partnerschaft für nachhaltigen Handel.

Am 7. März stimmt die Schweiz über ein sehr fortschrittliches Abkommen mit Indonesien ab. Es fördert die Handelsbeziehungen und legt verbindliche Regeln für eine nachhaltige Produktion fest. Ein Gewinn für Wirtschaft, Menschen und Umwelt in beiden Ländern.

JA

zum Abkommen mit Indonesien

www.indonesien-ja.ch

Jetzt abstimmen!